

Agenda zum Wahlvorschlag Jürgen Peter (parteilos) für die Stadtratswahl 2024

A: Unabhängigkeit im Energiebereich bis 2035

Durch massiven und schnellen Ausbau mit Unterwasserturbinen im Vierwaldstättersee und der Reuss werden wir unabhängig von Stromlieferungen aus dem Ausland.

Wir werden dadurch die Preise für unsere Verbraucher über 20% reduzieren und bleiben auf Jahrzehnte stabil. Diese Massnahme erhält und schafft neue Arbeitsplätze und generiert enorme Wertschöpfung.

Finanzierung der Massnahme: Energieversorger, evtl. Zuschüsse Stadt, Kanton und Bund

B: Gesundheitsversicherungsprämien dauerhaft deutlich reduzieren (20-30%)

Finanzierung der Massnahme: Medikamente in Packungsgrössen 10-20 Stück vorschreiben (bei chronisch Kranken natürlich höhere Stückzahl möglich). Die Mindestfranchise (ausgenommen sozial Schwache und chronisch Kranke) auf CHF 1.000 erhöhen, damit die Versicherten nur bei längeren Beschwerden einen Arzt aufsuchen. Die Pharmaunternehmen verpflichten, dass sie Medikamente zu Preisen wie in der EU (speziell Frankreich) anbieten dürfen.

C: Förderung der Familien mit Kindern

Ich unterstütze die Kitainitiative der SP. Wir können den Fachkräftemangel beseitigen, wenn unsere Mütter wieder arbeiten können, durch höheren Zuschuss für die Kitakosten für die Familien (gestaffelt nach Einkommen).

Finanzierung der Massnahme: Ein Grossteil refinanziert sich durch die höheren Sozialabgaben und Steuereinnahmen, den kleinen Rest trägt die Stadt Luzern

D. Grundsicherungsrente für Rentner

Jeder Schweizer Staatsangehörige sollte eine Mindestrente (AHV und 2. Säule ab Renteneintrittsalter) von CHF 3.500 monatlich erhalten, wenn er nicht in einer Ehe oder eheähnlicher Gemeinschaft lebt. Bei zusammenlebenden Paaren/Ehepaaren sollte die Gesamtrente gemeinsam mindestens CHF 5.000 betragen.

Besonders wichtig ist diese Massnahme für Frauen, unabhängig davon, ob sie beschäftigt waren oder nicht. Speziell alleinerziehende Frauen haben in der Regel viele Jahre keine Möglichkeit, eine versicherungspflichtige Arbeit/Teilzeitarbeit auszuüben.

Finanzierung der Massnahme: Einsparungen, welche sich aus den folgenden Positionen **E. und F.** ergeben sowie durch gesetzkonforme Anwendung des Asylrechts

E: Revision von Arbeitslosengeld und Sozialhilfe für Nichtschweizer

Selbstverständlich sind alle Migranten, die in Luzern arbeiten und keine Straftaten begehen, herzlich willkommen. Unabhängig von ihrer Staatsangehörigkeit, Religion oder Hautfarbe etc.

Aktuell erhält diese Bevölkerungsgruppe (25,4%) 2 Jahre Arbeitslosengeld und danach Sozialhilfe, wenn sie 2 Jahre gearbeitet hat. Diese Situation bedarf einer grundlegenden Revision.

1: Für Migranten, welche nur 2 Jahre während ihres Aufenthaltes gearbeitet haben, sollen künftig lediglich 6 Monate Arbeitslosengeld beziehen können, in dieser Zeit müssen sie eine neue Arbeit finden. Es gibt genügend Stellenangebote in unserer Stadt.

Wenn sie innerhalb von 6 Monaten keine neue Arbeit finden, erlischt die Aufenthaltserlaubnis und sie müssen unser Land verlassen und in ihr Ursprungsland zurückkehren.

2: Migranten, welche 5 Jahre in der Schweiz gearbeitet haben, erhalten 1 Jahr Arbeitslosengeld. Wenn sie danach keine neue Arbeit gefunden haben, müssen sie die Schweiz verlassen und in ihr Heimatland zurückkehren.

3: Migranten, welche 10 Jahre in unserem Land gearbeitet haben und einen C-Ausweis besitzen, erhalten die gleichen sozialen Unterstützungen wie ein Schweizer Staatsbürger.

Finanzierung der Massnahme: keine, entlastet Stadt Luzern

F: Kriminelle Migranten ausweisen/Strafvollzug im Heimatland

Ein Häftling verursacht im Monat durchschnittlich CHF 15.000 (Kanton Luzern) laufende Kosten, welche aus Steuergeldern bezahlt werden. Dies ist unerträglich und unfair, da der monatliche Durchschnittsbruttolohn unserer arbeitenden Bevölkerung (bei 100%!) nur ca. CHF 6.000 beträgt.

Künftig sollten daher verurteilte Migrationsstraftäter ihre Haftstrafe in **dem** Land antreten, aus welchem sie in die Schweiz eingewandert sind, auch wenn sie Doppelbürger sind.

Diese Massnahme wird auch zu einem signifikanten Rückgang von Straftaten dieser Personengruppe führen, da sie in ihrem Heimatland in den Haftanstalten keine Wohlfühloasen wie in unserem Land erwarten (z.B. wie im Fall Carlos: Nespresso-Kaffee, Psychologische Betreuung, Kampfsporttraining etc.).

Finanzierung der Massnahme: keine, entlastet Stadt Luzern

G: Förderung für Hauseigentümer bei Umrüstung von Öl/Gasheizung

Alle Hauseigentümer sollen künftig einen Zuschuss von 30% der Kosten einer neuen Luft-/Wärmepumpe oder ähnlichen Alternativen erhalten, die bisher Öl- oder Gasheizungen verwenden.

Dadurch werden wir unabhängig von ausländischen Energielieferungen. Eigenversorgung ist aufgrund der aktuellen Lage unerlässlich. Dies ist durch den intensiven Ausbau/Neubau von Wasserkraftwerken kurz- bis mittelfristig erreichbar.

Finanzierung der Massnahme: Einsparungen aus den Positionen **E., F., H. und I.**

H: Betreibungsregistereintrag

Bisher ist es möglich, eine Betreuung gegen eine Person im Register eintragen zu lassen, ohne nachzuweisen, dass der angebliche Anspruch auch tatsächlich besteht.

Dies bedarf dringend einer Reform. Künftig sollte nur noch eine Eintragung möglich sein, wenn der Gläubiger dem Betreibungsamt den Nachweis erbringt, dass er vom Schuldner einen Auftrag erhalten hat und die entsprechende Rechnung vorlegt oder ein rechtskräftiges Urteil eines Gerichts vorliegt, welches den Schuldner zur Zahlung der Forderung verurteilt hat.

Momentan kann jeder einen anderen denunzieren, indem er behauptet, er hätte eine Forderung gegen einen Schuldner, und dies sogar aus allen Staaten ausserhalb unseres Landes.

Finanzierung der Massnahme: keine, entlastet Stadt Luzern

I: Reform der IV-Leistungen/Sozialhilfe und Arbeitslosenentschädigung

Jeder Schweizer und Bürger mit C-Ausweis, welcher während seiner Erwerbstätigkeit **unverschuldet** in eine finanzielle Notlage gerät, sollte künftig so unterstützt werden, wie er es vor seinem Unfall/Krankheit war.

Unverschuldet bedeutet, dass die Person durch einen schweren Unfall, schwere Krankheit oder ähnliche Lebensumstände nicht mehr in der Lage ist, seinen bisherigen Beruf im bisherigen Pensum auszuüben.

Es kann nicht angehen, dass in unserer Stadt die wenigen Menschen, die davon betroffen sind, finanziell schlechter dastehen als vor dem Ereignis. Ein schwerer Unfall oder eine niederschmetternde Diagnose (Krebs, MS etc.) ist für den Betroffenen schon schlimm genug.

Ein solches Ereignis kann jeden von uns unverschuldet treffen, daher ist eine höhere Unterstützung für die wenigen Menschen, welche mit einem solchen Ereignis konfrontiert werden, unerlässlich. Das ist zumindest meine Auffassung von Solidarität und sozialer Gerechtigkeit.

Finanzierung der Massnahme: Einsparungen aus den Positionen **E., F., H. und I.**

J: Klimakleber, Greta und letzte Generation

Wir brauchen keine Klimakleber, Gretas oder letzte Generation, uns allen ist seit Jahren bewusst und klar, dass wir Massnahmen treffen müssen. Wie unter A. beschrieben, werden wir spätestens 2035 CO2-neutral sein.

Die Klimakleber begehen Straftaten (Nötigung, Freiheitsberaubung etc.), das muss strafrechtlich intensiver verfolgt und geahndet werden.

Diese Möchtegern-Bewegungen sollten sich in China, Indien und USA engagieren, welche durch ihren exorbitanten CO2-Ausstoss für die Klimaerwärmung verantwortlich sind. Wir sind es nicht! Durch ihre Blockaden verursachen sie erheblichen wirtschaftlichen Schaden und erhöhen durch Staus den CO2-Ausstoss (**Intelligent? Nein, dumm**).

K: Chaoten eliminieren

Gewalttätige Chaoten (angebliche Fussballfans etc.), welche Steine etc. auf Polizisten werfen und unsere Bürger in Angst und Schrecken versetzen (durch gewalttätige Sachbeschädigungen), sind künftig für eine Schnupperwoche im Knast (auf eigene Kosten) durch ein richterliches Schnellverfahren einzuliefern.

Im Wiederholungsfall per Gesetz 1 Jahr Gefängnis (natürlich auch auf eigene Kosten). Das ist präventiv!

Diese Agenda beinhaltet lediglich meine grundsätzlichen Themen, diese müssen selbstverständlich zu gegebener Zeit durch den Grossen Stadtrat und Kommissionen weiter konkretisiert, ausgearbeitet und ggf. angepasst werden. Allerdings nur in einem Ausmass, welche den jeweiligen Zweck auch erfüllt.

Jürgen Peter (im September 2023)